



LINKE LISTE Nürnberg, Äußere Cramer-Klett-Str. 11-13, 90489 Nürnberg

SFR

Bürgermeisteramt der Stadt Nürnberg
Herrn Oberbürgermeister Maly
90402 Nürnberg

OBERBÜRGERMEISTER		
30. APR. 2018		
I/II	1 Zur Kl. <input checked="" type="checkbox"/>	3 Zur Stellungnahme <input type="checkbox"/>
	2 z.w.V. <input checked="" type="checkbox"/>	4 Antwort vor Absen- dung vorliegen <input type="checkbox"/>
		5 Antwort zur Unter- schrift vorliegen <input type="checkbox"/>

Äußere Cramer-Klett-Straße 11-13
90489 Nürnberg
Telefon: 0911 – 2 87 60 13
www.linke-liste-nürnberg.de
buero@linke-liste-nuernberg.de

Nürnberg, 29. April 2018

Maly per Fax

Antrag an den Stadtrat zur Entwicklung eines Nulltarifs im ÖPNV

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die Bundesregierung unternahm vor wenigen Monaten einen Vorstoß zum Nulltarif für den ÖPNV. Der Kampf gegen Luftverschmutzung habe für Berlin "höchste Priorität", schrieben die amtierenden Minister für Umwelt, Verkehr und Kanzleramt, Barbara Hendricks (SPD), Christian Schmidt (CSU) und Peter Altmaier (CDU), an das EU-Umweltkommissariat.

Ein Nulltarif im ÖPNV würde den Autoverkehr reduzieren und Fahrverbote und eine drohende hohe Geldstrafe der EU wegen zu schlechter Luft in vielen deutschen Städten verhindern. Bonn und Essen sollen Teststädte werden. In der Metropolregion haben sich sowohl der Erlanger als auch der Fürther Oberbürgermeister positiv zur Einführung eines Nulltarifs geäußert. Dieser Vorschlag gelte im Prinzip für alle Städte mit Problemen bei der Luftqualität.

Nürnberg's Oberbürgermeister hatte den Vorschlag wegen der absehbaren Finanzierungsprobleme voreilig abgelehnt. Da Nürnberg jedoch eine dauerhafte Grenzüberschreitung am Ring vorweist, muss sich die Stadt allerdings sehr wohl damit konstruktiv befassen. Bisher sprach sich der Stadtrat gegen ein Fahrverbot aus und plant die nächsten Preiserhöhungen der VAG.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die dafür sprechen, sich mit der bisherigen Handhabung kritisch auseinanderzusetzen. Die jährlichen Preisanhebungen auf Grundlage der Atzelsberger Beschlüsse sind eine überaltete Konstruktion, die heute mehr Schaden als Sinnhaftigkeit anrichten. Alle weiteren Maßnahmen, den Individualverkehr in Nürnberg zu reduzieren, sind gescheitert.

Die neueste Mobilitätsstudie im Auftrag der VAG ergab, dass knapp 90 Prozent der NürnbergerInnen die Folgen des Straßenverkehrs für nicht mehr erträglich halten. Sie wünschen sich ein „stärkeres politisches Engagement für den öffentlichen Nahverkehr“, besonders weitere Verbesserungen und mehr finanzielle Unterstützung. Einsparungen beim Nahverkehr zugunsten des motorisierten Individualverkehrs, auch das ergab die Umfrage, werden mehrheitlich abgelehnt.

Als Zwischenschritt zu dem mittelfristigen Ziel „Nulltarif“ ist der Verzicht auf Fahrpreiserhöhungen ab den 1.1.2019 und die sofortige Einführung eines Sozialtickets für 15 Euro ein wichtiges Signal.

Die Einführung des Nulltarifs trägt ein großes Potential sowohl volkswirtschaftlicher als auch betriebswirtschaftlicher Vorteile in sich. Einige davon werden hier aufgeführt:

Volkswirtschaftliche Einsparungen: weniger PKW-Verkehr; weniger Unfälle (Einsparung von Behandlungskosten, Arbeitsausfällen, posttraumatische Nachwirkungen); weniger Staus (Freizeitgewinn), dadurch pünktlichere Busse, weniger Lärm (Erhöhung der Wohnqualität, Reduktion von Schlafstörungen), weniger Luftbelastung (Stickoxide, Feinstaub) und kein Dieselfahrverbot.

Betriebswirtschaftliche Einsparungen: keine Fahrkartenautomaten (kein Versorgungspersonal/ Material/ Stromverbrauch), kein Kontrollpersonal, kein Personal beim VGN und bei den Verkehrsunternehmen für die Einnahmenaufteilung, Fahrkartenabrechnung und Bearbeitung der Schwarzfahrer.

Die Linke Liste stellt deshalb folgenden Antrag, dessen Behandlung bitte vor einem Beschluss des Aufsichtsrates der VAG stattfindet:

1. Die Stadt Nürnberg startet eine Initiative in der Metropolregion zur Einführung des Nulltarifs innerhalb des VGN.
2. Dieses Pilotprojekt wird im bayerischen Städtetag beworben mit der Forderung an die Bundesregierung für entsprechende Ausgleichszahlungen.
4. Die VAG stimmt den Fahrpreiserhöhungen des VGN nicht zu.
3. Als Zwischenschritt wird auf weitere Fahrpreiserhöhungen verzichtet und die Einführung eines Sozialtickets für 15 Euro zum 1. Januar 2019 vorbereitet.
5. Bei den Haushaltsentwurf 2019 werden entsprechende Weichen gestellt für einen Ausbau des Etats für den ÖPNV und für eine Verringerung des Etats für Autoverkehr fördernde Maßnahmen.

Mit freundlichen Grüßen



Marion Padua
Stadträtin der Linken Liste